



Prioritäten der Schweiz für die 70. Tagung der UNO-Generalversammlung

Für die 70. UNO-Generalversammlung hat die Schweiz folgende Prioritäten festgelegt:

Frieden und Sicherheit

Die Schweiz setzt sich für eine Koordination der drei Prozesse zur Überprüfung der UNO Sicherheitsarchitektur ein, namentlich die Überprüfung der UNO Friedensmissionen, der UNO Kommission für Friedenskonsolidierung und des Engagements der Frauen in Friedensbemühungen.

Weiter engagiert sich die Schweiz vor allem für einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung durch UNO-Friedensmissionen, für eine Stärkung der sogenannten politischen Missionen und für einen Ausbau der Kapazitäten der UNO in den Bereichen Konfliktprävention und Mediation. Sie setzt sich für eine stärkere Rolle der UNO in der Friedenskonsolidierung, eine engere Zusammenarbeit zwischen den zuständigen UNO-Organisationen und für eine bessere Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen ein.

Die Schweiz macht sich für eine ganzheitliche und ausgewogene Umsetzung der vier Pfeiler der globalen Strategie der UNO zur Bekämpfung des Terrorismus stark, nämlich die Ursachenbekämpfung, die Prävention und Repression von Terrorismus, den Aufbau staatlicher Kapazitäten und die Respektierung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts. Sie erarbeitet neue Vorschläge für die effektive Umsetzung dieser Strategie und betrachtet die Unterstützung von lokalen Gemeinschaften etwa durch den in Genf beheimateten Global Community Engagement and Resilience Fund (GCERF) als zentral.

Weiter setzt sich die Schweiz für eine universelle Ratifikation und Umsetzung des Vertrags über den Waffenhandel ein.

Menschenrechte

Die Schweiz strebt die Wahl in den Menschenrechtsrat für die Periode 2016-2018 an. Sie tritt für eine angemessene Finanzierung der Aktivitäten des Hochkommissariats, für die Respektierung seiner Unabhängigkeit und für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Menschenrechtsorganen in Genf und den UNO-Institutionen in New York ein. Prioritär engagiert sie sich in folgenden Themen: Abschaffung der Todesstrafe, Verbot und Prävention von Folter, Frauen- und Kinderrechte, Vergangenheitsbewältigung und Genozidprävention, Wahrung der Privatsphäre im Internet und Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen sowie Schutz von Menschenrechten im Rahmen politischer Transition.

Die Schweiz engagiert sich für eine internationale Drogenpolitik, welche die öffentliche Gesundheit ins Zentrum stellt, die Menschenrechte respektiert und die Todesstrafe im Zusammenhang mit Drogendelikten ablehnt.

Nachhaltige Entwicklung

Am 2. August 2015 einigten sich die Mitgliedstaaten der UNO auf die 2030 Agenda für eine Nachhaltige Entwicklung (bisher Post-2015 genannt), die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung identifiziert. Diese Ziele widmen sich der Überwindung extremer Armut und Hunger, der Bildung, der Gesundheit, der Geschlechtergleichstellung, dem Wasser, der Energie, der Wirtschaft und Arbeit, dem Themenbereich Biodiversität und Ökosysteme sowie friedlichen und inklusiven Gesellschaften. Demzufolge werden die Staats- und Regierungschefs die neue Agenda Ende September anlässlich des Gipfeltreffens zur Nachhaltigen Entwicklung in New York verabschieden können.

Die Schweiz setzt sich für die Umsetzung der neuen 2030 Agenda für eine Nachhaltige Entwicklung ein. Die Schweiz will bei der Ausgestaltung und Einführung des Überwachungsmechanismus für diese neue Agenda eine tragende Rolle spielen.

Zur Reform des UNO-Entwicklungssystems wird die Schweiz Vorschläge in die internationale Diskussion einbringen, damit dieses wirksam, effizient und vor allem kohärent die Umsetzung der neuen Agenda begleiten kann.

Humanitäres

Die Schweiz setzt sich für Synergien zwischen der 32. Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds vom Dezember 2015 und dem Weltgipfel für Humanitäres vom Mai 2016 ein. Sie organisiert mit der UNO im Oktober 2015 in Genf die Vorbereitungskonferenz für den Weltgipfel für Humanitäres.

Darüber hinaus engagiert sich die Schweiz für die Stärkung des humanitären Systems, für eine bessere Koordination der humanitären Akteure und für eine effizientere Gewährleistung von Hilfe und Schutz, unter anderem durch eine stärkere Einbindung der betroffenen Staaten und der Bevölkerung. Weitere thematische Schwerpunkte sind der Schutz der Zivilbevölkerung, die Einhaltung humanitärer Prinzipien, der Zugang für humanitäre Akteure zu Notleidenden und die Stärkung von Prävention und Resilienz.

Die Schweiz macht sich dafür stark, dass das neue Rahmenwerk zur Minderung von Katastrophenrisiken 2015-2030 von der UNO-Generalversammlung angenommen wird.

Budget und Reformen

Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass die UNO ausreichend Ressourcen für die wirksame Umsetzung ihrer Mandate erhält und diese Ressourcen effizient verwendet. Sie wird in den Diskussionen über das Budget 2016-2017 eine vermittelnde Rolle einnehmen.

Sie plädiert für die Modernisierung der UNO-Verwaltung und entwickelt Vorschläge für eine Verbesserung des Programmplanungs- und Budgetprozesses der UNO. Die Schweiz unterstützt die Einführung des neuen integrierten Ressourcenplanungssystems, die Reorganisation der Sekretariatsdienste und die Reform der Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrats.

Internationales Genf

Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass die UNO-Generalversammlung auf Basis eines detaillierten Budgets und einer Finanzierungsplanung der Renovation des Palais des Nations in Genf zustimmt.

Die Schweiz will die in Genf vorhandene Expertise noch besser in Prozesse der UNO-Generalversammlung einfließen lassen, damit die Rolle Genfs als Zentrum der globalen Gouvernanz weiter gestärkt wird.